

Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands DIE LINKE. Neukölln

Für die Wahlperiode von November 2012 bis Oktober 2014

I. Überblick

A/ Vorbemerkung

Im November 2012 wurden Sandra Boden, Kate Davison, Marlis Fuhrmann, Doris Hammer (stellvertretende Sprecherin), Franziska Lorenz-Hoffmann und Lucia Schnell (Sprecherin) sowie Dietmar Müller (Schatzmeister), Klaus-Dieter Heiser, Thomas Licher (stellvertretender Sprecher), David Schlindwein, Florian Warweg und Moritz Wittler (Sprecher) in den Bezirksvorstand von DIE LINKE. Neukölln gewählt. Nach den Bundestagswahlen fielen Kate Davison und David Schlindwein aus beruflichen Gründen aus. Franziska Lorenz-Hoffmann trat im September 2014 aus der LINKEN aus.

B/ Dank und Anerkennung

Der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes ist die Bilanz der politischen Arbeit des Bezirksverbands DIE LINKE. Neukölln. Zu dieser Bilanz haben in erster Linie die Mitglieder des Bezirksverbandes sowie die Basisorganisationen und Arbeitskreise beigetragen, in denen die Mitglieder aktiv sind. Ihnen allen gehört Dank und Anerkennung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit, für ihr Engagement, ihre Freude an der politischen Arbeit und an der inhaltlichen Auseinandersetzung, für ihre Tatkraft und ihren Einsatz.

C / Ausgangssituation

Die Amtszeit des Bezirksvorstands 2012-2014 war geprägt von einer Stabilisierung der LINKEN als Oppositionspartei im Bund und Neuorientierung als Opposition im Land in einer von der CDU/SPD dominierten Bundespolitik. Die Bundesregierung nutzt die Konfliktgebiete und Kriege der Welt wie Ukraine oder Irak, die Ablehnung der Bevölkerung von Waffenexporten und Kampfeinsätzen der Bundeswehr aufzuweichen. Auf der sozialen Ebene verbindet die Bundesregierung Zugeständnisse wie beim Mindestlohn mit andauerndem Druck gegen Arbeitslose und Migranten. Die Bundesregierung stützt sich auf relative politische und wirtschaftliche Stabilität im Vergleich zu anderen Staaten in Europa, die sich in der Krise befinden und anderen Staaten weltweit, in denen Kriege ausgebrochen sind oder andauern. Die Stabilität bedeutet nicht, dass es keinen Widerstand gibt oder Menschen nicht unzufrieden wäre. Dort wo es soziale Kämpfe gibt, ist es unsere Aufgabe diese zu unterstützen. Die Euro-Krise und die Kriegsherde der Welt (Afghanistan, Irak, Syrien, Ukraine etc) führen dazu, dass immer mehr Menschen zu uns flüchten. Eine Herausforderung für uns ist, uns der Hetze gegen Flüchtlinge entgegenzustellen und für Bleiberecht, menschenwürdige Unterbringung etc. zu streiten.

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl – stabilisiert durch die Wahl von Katja Kipping und Bernd Riexinger - das Niveau von 2005, nicht aber das Niveau von 2009 gehalten. Bei der Europawahl konnte sie sich auch stabilisieren, den Erfolg der AfD aber nicht verhindern, da die EU-Kritik in der Eurokrise zu moderat war.

DIE LINKE in Berlin befindet sich in der Opposition, was die Arbeit in außerparlamentarischen Initiativen wie Energie-Volksbegehren, THF, Flüchtlingsbewegung etc erleichtert, da diese nicht dauernd mit der LINKEN in der Regierung in Widerspruch geraten. Allerdings ist gerade in Mieterinitiativen die durch zahlreiche Fehler von Rot-rot die Glaubwürdigkeit der LINKEN noch

nicht wiederhergestellt. Durch den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld hat die LINKE zur Schwäche der Berliner SPD und zum Rücktritt von Klaus Wowereit mit beigetragen.

D/ Politische Bewertung

Politische Aktivitäten

In vielen Kampagnen, bei Demonstrationen und Aktivitäten war DIE LINKE. Neukölln vor Ort präsent. Zahlreiche Genossinnen und Genossen aus Neukölln übernahmen an zentralen Stellen Verantwortung, zum Beispiel in der Auseinandersetzung um die Zukunft des Tempelhofer Felds, im Widerstand gegen soziale Verdrängung, beim Energie Volksbegehren, im Kampf gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit, in den Anti-Krisen-Protesten, in der Friedensbewegung.

Basisorganisationen

Die Verankerung in den Neuköllner Kiezen ist in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Die Basisorganisationen Rixdorf und Reuterkiez konnten wieder eigenständig arbeiten. Die Basisorganisation BO 44 hat sich neugegründet. Es gibt zudem Veranstaltungen und Aktivitäten von englischsprachigen Genossinnen und Genossen und der AG linke Europäer/innen. Die BO Hermannstraße/Süd ist dennoch nicht stark genug, sich zu teilen. Der Süden Neuköllns bleibt ein Schwachpunkt. Es ist eine Herausforderung, im Süden mehr Präsenz zu zeigen. Positiv für die Verankerung im Bezirk war die Beteiligung vieler Genossinnen und Genossen an diversen Bündnissen (BI 100 % THF, Neukölln gegen Rechts, Anwohnerinitiative für die Flüchtlinge, Mietenbündnis), die Mitarbeit in Quartiersräten sowie die Arbeit der Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner BVV.

Mitgliederentwicklung

Wir haben die Mitgliederentwicklung in den letzten zwei Jahren steigern und einen Zuwachs von 74 neuen Mitglieder auf 351 verzeichnen können. Zudem haben wir weniger Austritte. Wir liegen in der Mitgliederentwicklung über dem Durchschnitt in Berlin und im Bundesgebiet.

Finanzentwicklung

Der Bezirksverband ist in den vergangenen zwei Jahren wirtschaftlich stärker geworden. Die Rücklagen des Bezirksverbands ausgebaut werden, so dass er für Wahlkämpfe, Kampagnen oder andere notwendige Investitionen gerüstet ist.

II. Fraktion, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen und Mitgliederentwicklung

A/Zusammenarbeit mit der Bezirksverordneten-Fraktion

Es gibt zwischen Fraktion und Vorstand eine gute Zusammenarbeit durch hohe personelle Überschneidungen. Meist zu Beginn der Vorstandssitzung gab es Berichte zu den stattgefundenen BVV-Sitzungen und insbesondere zu den Initiativen der Fraktion der LINKEN. Auch auf den Mitgliederversammlungen wurde regelmäßig über Entwicklungen in der Bezirksverordnetenversammlung informiert.

Die Aktivitäten der Bezirksfraktionen orientierten sich oft an der Arbeit des Bezirksverbandes. So gelang es für verschiedene Kampagnen zusätzliche Öffentlichkeit und die Kampagnen auch

parlamentarisch zu begleiten (So z.B. bei der Kampagne zum Energievolksentscheid, beim Tempelhofer Feld, beim Widerstand am Jobcenter, bei der Mietenproblematik, bei der Auseinandersetzung um die Flüchtlingsunterkunft). Dabei war die Fraktion auch oft Ansprechpartner für außerparlamentarische Initiativen und konnte wichtige Kontakte herstellen und pflegen. Dies geschah auch durch öffentliche Veranstaltungen der Fraktion (bspw. Die Frühjahrsempfänge oder die Veranstaltung in der Fritz-Karsen-Schule zur Flüchtlingsunterkunft).

Die Fraktion hat an der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit gearbeitet. Dabei gelang es, deutlich vermehrt Erwähnung in der Presse zu finden: Von BZ und Morgenpost, bis taz und Neues Deutschland. In den Neuköllner Blättern, „Abendblatt“ und „Kiez und Kneipe“ wird die Fraktion inzwischen relativ regelmäßig zitiert. Eine stetige Präsenz wird durch gelegentliche Anzeigen abgesichert.

Auch die Information der Mitgliedschaft über die Arbeit der Fraktion wurde durch viele Artikel in der Neu-Köllnisch, durch die Internetseite und den Infolyer verbessert.

Bei ihrer Arbeit hat die Fraktion auch die Vernetzung mit den anderen Bezirksfraktionen der LINKEN vorangetrieben. Vorschläge für Initiativen wurden übernommen oder weitergegeben. Auf Landesebene fand dies insbesondere über die AG Bezirke statt. Mit dem Nachbarbezirk Treptow-Köpenick gab es eine gemeinsame Fraktionssitzung.

Die Fraktion hat darüber hinaus eine Vielzahl von Anfragen und Anträgen eingebracht, die auf der Website unter www.die-linke-neukoelln.de/linksfraktion/drucksachen/ nachzulesen sind. Es ging unter anderem gegen Sanktionen beim Jobcenter, für eine bessere Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft und gegen diverse Naziaktivitäten, den Erhalt des Tempelhofer Feldes und gegen steigende Mieten, für kostenloses Schulessen und gegen den Wachschutz an Schulen, gegen Personaleinsparungen und für gute öffentliche Dienstleistungen. Die Fraktion tritt für ein friedliches Miteinander aller Menschen in Neukölln ein und hat sich dem entsprechend in der gebotenen Schärfe gegen das populistische Agieren von Buschkowsky gewendet. Weitere Mitstreiter sind willkommen!

B/Öffentlichkeitsarbeit

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit hat der Bezirksvorstand in den zurückliegenden zwei Jahren die Arbeit mit der Internetseite www.die-linke-neukoelln.de, mit dem linken Informations- und Diskussionsblatt „Neu-Köllnisch“ und mit direkter Pressearbeit durch Presseinformationen fortgesetzt. Neu hinzugekommen ist der Auftritt des Bezirksverbandes im sozialen Netzwerk Facebook.

Internet-Seite

Die Internetseite wird regelmäßig, zum Teil täglich, aktualisiert. Die Internetseite ist aktionsorientiert und informiert über Aktivitäten des Bezirksverbandes und Stellungnahmen des Bezirksvorstands. Sie bietet Raum für Aktivitäten der Basisorganisationen und Arbeitskreise. Eine Internet-Version der Bezirkszeitung „Neu-Köllnisch“ wird zeitnah zum Erscheinen der Print-Ausgabe online gestellt und ist über das Archiv langfristig abrufbar. Die BVV-Fraktion informiert in eigener Verantwortung und in enger Verbindung mit dem Bezirksvorstand über ihre Arbeit.

Facebook

Seit März 2013 ist DIE LINKE. Neukölln mit einem eigenen Auftritt im sozialen Netzwerk Facebook präsent. Aktuell erreicht diese Seite bei 628 Abonnenten regelmäßig rund 1000 Facebook-Nutzer/-innen. Die Seite wird aktions- und kampagnenorientiert gestaltet, in der Regel mit Links zu weiterführenden Informationen auf der Internetseite des Bezirksverbandes. Höhepunkte waren die Kampagnen zu den Volksentscheiden Energie und THF sowie die Mobilisierungen zu Anti-Nazi-Protessen. Veranstaltungshinweise erreichen FB-Nutzer/-innen deutlich über den Kreis der Mitglieder der Neuköllner LINKEN hinaus. Zu den Abonnenten der FB-Seite gehört ein Kern von Mitgliedern des Bezirksverbandes, die das Informationsangebot nutzen. Trotz der Problematik des Facebook-Konzerns im Bereich Datenschutz und Datensicherheit ist es wünschenswert, dass sich weitere Mitglieder unseres Bezirksverbandes und ihre Freunde an der Informationsarbeit beteiligen. Bei Bedarf sollte der Bezirksvorstand dafür einen Workshop anbieten.

„Neu-Köllnisch“

„Neu-Köllnisch“ erschien auch in den zurückliegenden zwei Jahren mit acht Seiten Umfang. Die Konzeption von „Neu-Köllnisch“ ist „nach außen“ gerichtet, die Schwerpunkte der Politik der Partei DIE LINKE werden bezogen auf die Situation in Neukölln in der Zeitung vermittelt. So sollen die Leserinnen und Leser über die Politik der LINKEN informiert werden und ihnen zugleich Zugänge zum Neuköllner Bezirksverband angeboten werden.

„Neu-Köllnisch“ fand im Berichtszeitraum insbesondere durch Beiträge in den Volksentscheidskampagnen Energie und Tempelhofer Feld Beachtung. Waren es in der Energiekampagne die Verknüpfung der Forderung „Vattenfall den Stecker ziehen“ mit der Forderung nach einer auch für Geringverdienende bezahlbare Energiewende, so war es zum THF die Auseinandersetzung mit dem Argument des Senats, das Tempelhofer Feld müsse bebaut werden, um den Wohnungsmangel in Berlin zu beheben.

Pressearbeit

In unregelmäßigen Abständen veröffentlichte der Bezirksvorstand Pressemitteilungen. Zum einen waren es Informationen über Aktivitäten des Bezirksverbands, zum anderen Stellungnahmen zu politischen Fragen, die den Bezirk betreffen. Die Resonanz ist unterschiedlich. Von der BVV-Fraktion konnten im Berichtszeitraum Kontakte zu Journalistinnen und Journalisten ausgebaut werden, die sich in der Berichterstattung bemerkbar machten.

Mitgliederinformation

Die Mitglieder des Bezirksverbands DIE LINKE. Neukölln erhielten auch in diesem Berichtszeitraum (fast) monatlich Post vom Bezirksvorstand. Diese Mitgliederpost umfasste in der Regel die aktuelle Neu-Köllnisch, einen Mitgliederbrief mit allen Terminen, Einladungen, Veranstaltungshinweisen und Aktionsvorschlägen. Regelmäßig wird ein Infobrief der BVV-Fraktion sowie anlassbezogen weitere politische Informationsmaterialien oder Unterschriftenlisten beigelegt. Zusätzlich informiert der Bezirksvorstand wöchentlich per Mail über aktuelle Termine, Veranstaltungen und Aktionen.

C/Finanzen

Die Einnahmen des Bezirksverbandes konnten deutlich gesteigert werden. Unser besonderer Dank gilt dabei den vielen Mitgliedern, die ihre Beiträge erhöht haben und auch unseren Abgeordneten in der BVV, die jetzt 120 Euro (bisher 80 Euro) der Mandatsträgerbeiträge an den Bezirksverband abführen. Das Spendenaufkommen hat sich dagegen vermindert.

Ab dem Jahr 2015 werden mit der Einführung des neuen Finanzierungsmodells die Abführungen an den Landesverband für den Bezirk Neukölln von 50 Prozent der Mitgliedsbeiträge auf 60 Prozent erhöht.

Entwicklung der Mitgliedsbeiträge Januar 2013 – September 2014

Beitrags- entwicklung	Mitglieds- beiträge	Beiträge EL	Mitglieder	<u>Durchschnitt</u> <u>Beitrag</u> <u>/Monat</u>
Jan. - Dez 2013	41.523,04 €	853,50	333	10,39 €
Hochrechnung Jan. – Sept 2014	34.810,38 €	715,50	348	11,11 €

Die Planzahl des Landesverbandes bezüglich des durchschnittlichen Monatsbeitrags von zwölf Euro wurde für das Jahr 2013 noch deutlich verfehlt. Im Jahr 2014 werden wir voraussichtlich eine Verbesserung der Beiträge erreichen. Die Planzahl von zwölf Euro für das Jahr 2014 wird aber noch nicht zu erfüllen sein. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung liegt in der sozialen Struktur Neuköllns. In Neukölln ist das Beitragsaufkommen im Vergleich zu westdeutschen Landes- und Bezirksverbänden überdurchschnittlich gut, vom Durchschnittswert Berlin-Ost in Höhe von rund 17,00 Euro jedoch weit entfernt.

Den Großteil der Kosten der Geschäftsstelle trägt der Landesverband (Grundausrüstung, Miete, Personalkosten, Versicherungen, GEZ und Betriebs- und Stromkosten), dem an dieser Stelle Dank gebührt. Die Wahlkampfkosten für die Bundestagswahl 2013 betragen 6.800 Euro, diese relativ hohen Ausgaben haben sich allerdings durch unser sehr gutes Bezirksergebnis gelohnt.

Obwohl wir für den EU-Wahlkampf 5.000 Euro einplanten, wurde lediglich 1.277 Euro direkt für diesen Wahlkampf ausgegeben. Für den Volksentscheid Tempelhofer Feld haben wir ca. 5.000 Euro ausgegeben.

Die durchgeführte Wiederaufteilung der Basisorganisationen Reuterkiez und Rixdorf sowie Hermannstraße und Süd und der Neugründung der BO 44, führte in überschaubaren Maßen zur Steigerung der Kosten für die politische Arbeit.

Trotz der relativ hohen Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb und der politischen Arbeit einschließlich der Wahlkampfkosten, konnten wir im laufenden Geschäftsjahr das Festgeldkonto um rund 5.000 Euro auf aktuell rund 22.200 Euro auffüllen. Darüber hinaus verfügen wir beim Landesverband über Rücklagen von 27.000 Euro, somit verfügt unser Bezirksverband über ein Gesamtguthaben von über 49.000 Euro.

Fazit: Der Bezirksverband Neukölln verfügt über einen gesunden Haushalt, mit dem die kommenden Herausforderungen wie der weitere Parteaufbau und die bevorstehende Abgeordnetenhauswahl 2016 einschließlich der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung gestemmt werden können.

Entwicklung der Einnahmen/Ausgaben von 2013 bis Juni 2014

	Jan.-Dez 2013	Jan.-Juni 2014
Einnahmen Gesamt	51.504,18 €	27.665 €
Mitgliedsbeiträge	42.385,54 €	22.580€
Mandatsträgerbeiträge	7.660,00 €	5.025 €
Spenden	1340,86 €	43 €
Sonstige Einnahmen+ Zinsen	117,78 €	17 €
Ausgaben Gesamt	48.416,14 €	22.579 €
Geschäftsbetrieb	6.514,70 €	2.753 €
Allgemeine politische Arbeit	9.348,66 €	6.974 €
davon Zeitung + Versand	3.921,01 €	3.039 €
davon Öffentlichkeitsarbeit	2.469,60 €	2.768 €
davon Veranstaltungen	1.714,27 €	585 €
Wahlkampfkosten	7.396,26	1.277 €
Abführungen an den Landesverband	25.156,52 €	11.574 €
Verbindlichkeit Abführung		
Saldo	3.088,04 €	5.086 €
Bestand Konten	16.910,23 €	22.191 €
Rücklagen		27.000 €
Summe Guthaben		49.191 €

D/Mitgliederentwicklung

DIE LINKE. Neukölln hat derzeit 351 Mitglieder (Stichtag 28.09.2014), dies entspricht einem positiven Saldo in der Mitgliederentwicklung von 19 Prozent in den letzten zwei Jahren. Beim letzten Rechenschaftsbericht (Stichtag 30. September 2012) lag unsere Mitgliederzahl noch bei 295. Insgesamt haben wir im Laufe der letzten zwei Jahre 74 neue Genossen und Genossinnen für unsere Partei in Neukölln gewinnen können. Damit liegen wir in absoluten wie relativen Zahlen

signifikant über dem Berliner aber auch dem bundesdeutschen Durchschnitt unserer Partei.

Austritte hatten wir in den letzten zwei Jahren 22 zu verzeichnen. Damit sind wir prozentual gesehen der Berliner Bezirksverband mit der geringsten Rate an Austritten. Auch stellt dies eine relevante Verbesserung im Vergleich zum vorherigen Rechenschaftsbericht dar. Von Januar 2010 bis September 2012 hatten wir 45 Genossen und Genossinnen durch Austritt verloren. Zum Gesamtsaldo kommen noch Zu- und Wegzüge von Parteimitgliedern sowie „Bereinigungen“ von sogenannten „Karteileichen“.

Zusammensetzung der Mitgliedschaft

Unsere aktuelle Mitgliedschaft ist zu 30,7 Prozent weiblich. Dies ist eine leichte Verbesserung gegenüber 24 Prozent vom September 2010. Nichtsdestotrotz bleibt die ungleiche Geschlechterstruktur unserer Partei in Neukölln eine der großen Herausforderungen im Bereich der Mitgliedergewinnung für den neuen Bezirksvorstand.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder unseres Bezirksverbands liegt bei knapp 40 Jahren. Damit konnten wir den Altersdurchschnitt im Verband im Verlauf der letzten zwei Jahre um rund zwei Jahre „verjüngen“.

Neben der ungleichen Geschlechterstruktur bleibt eine weitere Herausforderung eine stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Partei. Deren Anteil an der Neuköllner Bevölkerung spiegelt sich, trotz leichter Verbesserungen, nach wie vor nicht entsprechend in der Mitgliedschaft unseres Bezirksverbandes wider. Dies gilt aber nur für die direkte Parteimitgliedschaft. Insgesamt konnten wir durch solidarische Aktionen und Bündnisse den Kontakt und Austausch mit verschiedensten migrantischen Gruppen und Vereinen, gerade im Bereich des Kampfes gegen Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie, erweitern und vertiefen. Dieser Rückhalt, den sich DIE LINKE Neukölln in diesem Rahmen erarbeitet hat, zahlte sich gerade im Bundestagswahlkampf 2013 sichtbar aus.

Ein erfolgreicher Ansatz war auch die Wahlkreisfahrt unseres Verbandes mit Besuch des Bundestags sowie Gespräch bei Dr. Gregor Gysi am 27.5.2014. Hier hatte der Vorstand zuvor bewusst arabische Vereine angefragt, ob diese Interesse an einer Teilnahme hätten. Das Echo war groß und die Hälfte der Teilnehmenden waren junge Neuköllnerinnen und Neuköllner zwischen 18-25 Jahren, die sich in arabischen Vereinen engagieren. Am Ende der Wahlkreisfahrt bekundeten zahlreiche dieser Teilnehmer Interesse die LINKE näher kennenzulernen sowie Mitglied zu werden.

III. Politische Kampagnen

A/Soziale Kämpfe

Die Neuköllner LINKE hat sich auch die letzten beiden Jahre vor dem Jobcenter gegen Sanktionen und Lohndrückerei engagiert. Dabei haben auch die landesweiten Aktionstage als Rahmen geholfen. Oft hatten die Stände thematische Schwerpunkte. So zum Beispiel gegen Zwangsverrentung oder gegen Sanktionen und Leistungseinschränkungen. Andere Stände galten der

Mobilisierung zu den laufenden Volksbegehren, insbesondere zum Energievolksentscheid oder zum Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Feldes. Stets wurde auch für die Hartz IV-Rechtsberatung in der Geschäftsstelle der LINKEN geworben. Ein Höhepunkt war die Aktion zum Jahrestag der Agenda 2010, bei der auch die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger anwesend waren. Eine weitere intensive Phase war der Bundestagswahlkampf.

Eine weitere wichtige Erfahrung war der Streik im Einzelhandel. Auch durch die Hilfe der LAG Betriebe und Gewerkschaft gelang es Kontakte zu einem Neuköllner Betriebsrat und den Gewerkschaftsmitgliedern einer Filiale herzustellen. In der Folge gab es Versuche ein lokales Solidaritätsbündnis aufzubauen. Aufgrund der Kürze der Auseinandersetzung kam dies letztlich nicht zustande. Nichts desto trotz wurde der kurze Streik mannigfaltig unterstützt. Ein umfangreiches Interview mit dem Betriebsrat erschien in der Neuköllnisch, an Streiktagen gab es Protestaktionen vor der Filiale, die Streikdemonstrationen wurden begleitet und an mehreren Aktionstagen wurde ein Straßentheater in Neukölln durchgeführt. In der Auseinandersetzung stellte DIE LINKE die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, nach der Beendigung von prekärer Beschäftigung und nach starken Tarifverträgen in den Vordergrund und warb für die Solidarität mit den Streikenden.

Auch an der Berliner Charité gab erneut eine Streikbewegung, die insbesondere mit ihre Forderung nach einem Personalschlüssel bei den KrankenpflegerInnen in die Offensive ging. Neuköllner Genossinnen brachten sich in das Solidaritätsbündnis ein, Solidaritätsaktionen wurden unterstützt und in Neukölln wurden Solidaritäts-Unterschriften u.a. vor dem Vivantes-Klinikum gesammelt.

B/Bundestagswahl 2013

Die Neuköllner LINKE hatte sich für dem Bundestagswahlkampf folgende Ziele gesetzt, die erreicht wurden:

1. Stärkung des Bezirksverbandes DIE LINKE Neukölln durch Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder. Stärkung des Einflusses in Initiativen, Organisationen usw. im Bezirk.
2. Stärkung des Bezirksverbandes DIE LINKE Neukölln durch neue Mitglieder.
3. Durch aktiven Wahlkampf ein möglichst gutes Wahlergebnis für DIE LINKE.

Zu 1.: In der aktiven Wahlkampfphase ab waren mehr als ein Drittel der Neuköllner Mitglieder an Wahlkampfaktivitäten direkt beteiligt, oft mehrfach. Die Tätigkeit der Basisorganisationen konnte stabilisiert werden, um von diesen Strukturen her den Wahlkampf zu führen. Ruben Lehnert erreichte als Bundestagskandidat mehrere hundert Jugendliche, junge Erwachsene sowie Migrantinnen und Migranten bei Podiumsdiskussionen in Schulen, in Organisationen, Vereinen, Moscheen und Kirchengemeinden.

Zu 2.: In der Zeit des Bundestagswahlkampfes wurden 53 neue Mitglieder aufgenommen.

Zu 3.: Im Wahlergebnis konnten sowohl bei den Zweitstimmen als auch bei den Erststimmen neue Wählerinnen und Wähler für DIE LINKE hinzu gewonnen werden. DIE LINKE wurde in Neukölln von 19.677 Wahlberechtigten gewählt (Zweitstimmen). Damit hat DIE LINKE bei den Zweitstimmen 9 Prozent (+ 1.697 Stimmen) gegenüber 2009 dazugewonnen (2009 = 17.986). Das

ist der bundesweit größte prozentuale Zugewinn in einem Wahlkreis. 16.144 Wahlberechtigte, mithin 11,7 Prozent, gaben dem Direktkandidaten der LINKEN Ruben Lehnert ihre Stimme, das sind 292 Stimmen mehr als 2009. Damit erzielte DIE LINKE in Neukölln das beste Wahlergebnis in einen „West-Wahlkreis“.

DIE LINKE ist nach dem Bundeswahlergebnis 2013 die Partei mit dem drittgrößten Zuspruch in Neukölln. Im Neuköllner Norden (innerhalb des S-Bahnringes) wurde DIE LINKE in 21 von 54 Stimmbezirken wählerstärkste Partei, vor Grünen und SPD. Hier erreichte DIE LINKE durchschnittlich Wahlergebnisse zwischen 20 und 30 Prozent. Daran konnte bei den nachfolgenden Kampagnen zu den Volksentscheiden Energie und Tempelhofer Feld sowie bei der Wahl zum Europaparlament angeknüpft werden.

C/Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“

Aufgrund der Ende 2013 und 2014 auslaufenden Konzessionsverträge für das Berliner Energienetz wurde im Juli 2011 der Berliner Energietisch gegründet. Motto „Neue Energie für Berlin – Netze in Bürgerhand!“ In den insgesamt 12 Plenumstreffen, an denen auch Mitglieder des Neuköllner Bezirksvorstands aktiv teilnahmen, wurde ein Gesetzentwurf zum Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“ erarbeitet, der am 18. Januar 2012 einstimmig beschlossen wurde. Durch diese aktive Mitarbeit der LINKEN im Plenum konnten nicht nur bestehende Bedenken in den Initiativen und NGOs gegen die Zusammenarbeit mit Parteien zum größten Teil beseitigt, sondern auch die soziale Komponente im Gesetzentwurf entsprechend ausgearbeitet werden. Die LINKE konnte sich als zuverlässige und aktive Unterstützerin beweisen. Am 14. Januar 2013 wurde das Volksbegehren offiziell beantragt und am 11. Februar 2013 um null Uhr bei frostigen Temperaturen auf dem Hermannplatz gestartet. Der Ort wurde auch als Zeichen des Danks an die Neuköllner AktivistInnen gewählt, die zahlreich an dieser nächtlichen Aktion teilnahmen. Von da an, gab es kaum einen Ort oder Zeitpunkt an dem nicht Neuköllner AktivistInnen mit Taschen und Flyern zu sehen waren, um Unterschriften zu sammeln. Am 10. Juni 2013 konnten 271.494 Unterschriften eingereicht werden. Hiervon wurden 227.748 als gültig anerkannt. Mehr als 10.000 Unterschriften wurden allein deshalb nicht anerkannt, weil die Unterschreibenden keinen deutschen Pass hatten.

Trotz Proteste setzte der Senat den Termin für den Volksentscheid nicht zusammen mit der Bundestagswahl an, sondern verschob ihn auf den 3. November 2013. Das hieß, erneut alle Kräfte aufzubringen und nicht nur vor und während der Bundestagswahlen, sondern auch noch im „fliegendem Wechsel“ plakatieren und Info-Stände für den Volksentscheid. Als abzusehen war, dass eine Mehrheit beim Volksentscheid mit Ja für den Entwurf des Bündnisses stimmen würde, beschloss die Koalition aus SPD und CDU aus „taktischen“ Gründen nur wenige Tage vor dem Abstimmungstermin ein Mini-Stadtwerk. Leider hatte die Taktik Erfolg, obwohl 83% der Abstimmungsberechtigten, d.h. 599.000 Menschen für den Gesetzentwurf des Berliner Energietisches stimmten, wurde das Quorum von 25% mit 24,9 % knapp verfehlt. Nur 21.000 Stimmen in ganz Berlin fehlten zum Erfolg. In Neukölln selbst stimmten 23,7 % der Abstimmungsberechtigten für den Gesetzentwurf. Für die Neuköllner LINKE war es trotzdem ein toller Erfolg, der gezeigt hat, dass der Bezirksverband kampagnenfähig und ein zuverlässiger Partner ist. Deshalb noch einmal Danke an alle.

Um das Volksbegehren auch an dem vom Senat gewählten Termin zu gewinnen, hätten wir als LINKE stärker die Frage der Strompreise ins Zentrum rücken müssen. Vom Energietisch wurde dies

auch nicht gemacht. Die Erfahrungen der Energiekampagne waren wichtig für den Erfolg des Volksbegehrens Tempelhofer Feld.

D/Europawahl 2014

Ziel für die Europawahl 2014 in Neukölln war auch hier, wie bei der Bundestagswahl, Stärkung des Bezirksverbands durch Aktivierung und Mobilisierung, Gewinnung neuer Mitglieder und ein möglichst gutes Wahlergebnis. Hierbei konnten wir natürlich den Start der Mobilisierung zum Volksentscheid „100% Tempelhofer Feld“ nutzen. Obwohl die Mobilisierung an den Aktionstagen zur Plakatierung nicht ganz so erfolgreich war wie bei der BTW13, konnten trotzdem alle Plakate, besonders unser Kampagnenplakat zu 100% THF, an die Laternen gebracht werden. Mit öffentlichen Podiumsveranstaltungen, auch außerhalb Neuköllns, und regelmäßigen Info-Ständen im ganzen Bezirk zum Thema Tempelhofer Feld und Mieten konnten wir die Positionen der LINKEN erläutern und für eine starke Linke im Europäischen Parlament werben. Und das letztendlich mit Erfolg. Nicht nur die Wahlbeteiligung war in Neukölln deutlich höher als 2009 (von 31,4% zu 46,5% 2014) auch das Ergebnis für die Neuköllner LINKE war mehr als erfreulich, ein satter Zugewinn von 6,5% auf insgesamt 13,8% der Stimmen und somit den höchsten linken Zugewinn aller Berliner Bezirke und bundesweit. In einigen Wahllokalen war die LINKE sogar stärkste Partei. Ein Zeichen für die weitere Verankerung der LINKEN im Bezirk.

E/Volksbegehren Tempelhofer Feld

DIE LINKE Neukölln hat die Kampagne der Bürgerinitiative von Anfang an seit dem Jahr 2012 politisch unterstützt. Als Bezirksverband haben wir Unterschriften auf der Straße und in unserem Umfeld gesammelt. Unser Material wendete sich gegen die Luxusbebauung, steigende Mieten und unsoziale Mietpolitik des Senats. Unsere Aufkleber „Tempelhofer Feld: Grillen statt Villen“ klebten an vielen Laternen. Parteimitglieder haben kontinuierlich in der Bürgerinitiative mitgearbeitet und unsere politische Erfahrung aus vergangenen Volksbegehren eingebracht. Sieben Wochen vor dem Volksentscheid haben wir hunderte eigene Wahl-Plakate zum Tempelhofer Feld aufgehängt, die sich gegen die Senatspläne, Privatisierung und Spekulation richteten. Neben unserer eigenen Bezirkszeitung verteilten wir ebenso die Zeitung der Bürgerinitiative. Insgesamt haben wir eine wichtige Kampagnen-Erfahrung gemacht und zur politischen Verallgemeinerung gegen neoliberale Stadtpolitik beigetragen. In Neukölln stimmten 74,4 Prozent für das Gesetz der Bürgerinitiative, zugleich lehnten 70,6 Prozent den Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses ab. Wir haben Wählerinnen und Wähler von CDU und SPD für eine Stimmabgabe zugunsten des Gesetzestexts der Bürgerinitiative gewonnen.

Wir haben in einem zähen Prozess versucht, die gesamte LINKE Berlin auf Seite der Bürgerinitiative zu ziehen. Bei der zweiten Stufe des Volksbegehrens Tempelhofer Feld haben wir argumentiert, dass wir Unterschriftensammlung und die Argumente gegen die SPD-Märchen vom sozialen Wohnungsbau in alle Bezirke tragen sollen. Der Landesparteitag entschied sich auf Drängen von Abgeordneten und Landesspitze aber für eine Teilbebauung des Felds. Das war ein schwerer Fehler, denn es bedeutete, die Bürgerinitiative alleine zu lassen, ein Scheitern des Volksbegehrens in Kauf zu nehmen und SPD und CDU zu schonen. Als LINKE.Neukölln können wir sagen, dass die 2. Stufe ohne die vielen Aktive der Bürgerinitiative, ohne jeden einzelnen

Bündnispartner, aber auch ohne die 10.000 Unterschriften unseres Bezirksverbands gescheitert wäre und der Volksentscheid nie stattgefunden hätte.

Erst nach der zweiten Stufe beschloss der Landesparteitag eine Unterstützung des Volksentscheids. Danach hat DIE LINKE einen wichtigen Unterschied gemacht. So warben Genossinnen und Genossen auch dort in Bezirken für das Anliegen der Bürgerinitiative, wo es den Aktiven der Bürgerinitiative nicht möglich war, vor Ort zu sein. Als DIE LINKE Neukölln haben wir andere Bezirke mit Texten, Flugblättern, Referaten und Ratschlägen unterstützt. Schlussendlich hat DIE LINKE stadtweit, aber vor allem in ihren Hochburgen, mit dazu beigetragen, dass in allen Bezirken eine Mehrheit gegen den Senat stimmte.

Bei der Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative haben wir Wert darauf gelegt, linke und antikapitalistische Argumente nach vorne zu bringen, ohne den breiten Charakter der Bürgerinitiative aufzulösen. Wir haben als Partei immer den Bündnischarakter der Bürgerinitiative respektiert und versucht die Vernetzung auszuweiten. Im Ergebnis haben sowohl die Bewegung als auch die Partei von der Zusammenarbeit profitiert: die Bewegung, weil DIE LINKE Geld, Aktive sowie politische Ideen und Erfahrungen eingebracht hat. Die Partei, weil sie sich politisch profiliert und durch die Straßenkampagne Mitglieder und Wähler gewonnen hat.

F/Wohnen bleiben in Neukölln

Der Tempelhof-Volksentscheid gegen unbezahlbaren Neubau hat Vielen Mut gemacht und gezeigt, wie wirksam Druck von unten ist. Und dass Einigkeit in der Sache Mieterinitiativen und Partei zusammenführt - eine Erkenntnis, die sich auch im Landesverband durchsetzt. Im kommenden Jahr wird ein berlinweites Mietenvolksbegehren starten. Wir werden auch dieses aktiv unterstützen! In Neukölln sind immer mehr Mieterinnen und Mieter von Mietsteigerungen und Wohnungsverlust betroffen, aber auch hier zeigt das Sich-Wehren Wirkung. So haben die Oppositionsparteien zusammen mit dem Mietenbündnis Neukölln erfolgreich Milieuschutzgebiete gefordert und zunächst zwei – Reuterplatz und Schillerpromenade - auch durchgesetzt. Im nächsten Schritt verlangen wir die Ausweitung auf den Norden Neuköllns. Unterschriften zur Unterstützung des Einwohnerantrages Milieuschutz können noch bis Weihnachten gesammelt werden. Ein weiterer Konflikt wird das Großbauvorhaben ehemalige Frauenklinik am Mariendorfer Weg. Die dort geplanten 1000 Eigentumswohnungen entsprechen nicht unseren Vorstellungen vom bezahlbaren Wohnen. Hier ist Widerstand gegen die Planung und Einsatz für Bürgerpartizipation und die Ermittlung des tatsächlichen Wohnungsbedarfes gefragt.

G/Friedensbewegung

Der Bezirksverband Neukölln beteiligte sich wiederum aktiv an zentralen Aktionen der Friedensbewegung, wie dem Berliner Ostermarsch, und arbeitet in der Berliner Friedenskoordination mit. Beim Antikriegsmarkt 2014 auf dem Potsdamer Platz erinnerten Mitgliedern von linksjugend solid kreuzkölln mit einem eindrucksvollen Auftritt an jene Neuköllner Jugendlichen um den Antifaschisten Heinz Kapelle, die unmittelbar nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen zum Widerstand gegen den Krieg aufriefen. Zugleich stellten sie die Verbindung zum Anti-Kriegs-Kampf heute her.

Mitglieder des Bezirksverbandes demonstrierten gemeinsam mit Abgeordneten der Bundestagsfraktion jeweils vor dem Reichstagsgebäude gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie engagierten sich bei den Protesten gegen die Rüstungsmesse bei der Internationalen Luftfahrtschau ILA 2014 in Schönefeld und gegen die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr. Aktiv dabei waren Neuköllner LINKE bei der Demonstration am 31. Mai 2014 „Stoppt Eskalation und drohenden Krieg in der Ukraine“.

DIE LINKE. Neukölln wurde mit einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Krieg Israels gegen Gaza im Sommer 2014 initiativ. Aus dieser Veranstaltung entwickelte sich eine neue Berliner Solidaritätsinitiative für Palästina. Als zu einem Vorbereitungstreffen für eine Solidaritätsdemonstration, die am 9. August 2014 stattfand, mehr als 80 Interessierte zur Geschäftsstelle der Neuköllner LINKEN in der Wipperstraße kamen, musste das Treffen in einen nahegelegenen Park verlegt werden. Dort wurden die notwendigen Verabredungen über das Demonstrationsziel und die Hauptforderungen beraten und beschlossen.

H/Blockupy

An der Blockupy-Demonstration 2013 in Frankfurt am Main gegen Bankenmacht und das Spardiktat der Troika in Europa nahmen ein Dutzend zu meist junge Mitglieder der LINKEN. Neukölln teil. Sie beteiligten sich an den Aktionen der Blockupy-Tage und am Auftritt der LINKEN auf der Demonstration, die von der Polizei eingekesselt wurde. Der Bezirksvorstand unterstützte finanziell einen Bus des Blockupy-Bündnisses, der von Studierenden von DIE LINKE.SDS verantwortet wurde.

Akteure der LINKEN Neukölln sind fest im Bündnis der regionalen Blockupy Plattform Berlin aktiv. Im Rahmen der dezentralen Aktionstage vom 15.05.2014 – 25.05.2014 haben die Blockupy Plattform Berlin gemeinsam mit der LINKEN und dem SDS eine Demonstration in Berlin organisiert. Die dezentralen Aktionstage in Berlin richteten sich insbesondere gegen die Politik der EU. Es wurde eine Gegenaktion gegen EU-Präsident Baroso auf dem HU-Gelände mit einem „Die In“ gemacht. Desweiteren wurde innerhalb der dezentralen Aktionstage die Solidarität mit den Flüchtlingen intensiviert und es gab gemeinsam mit Mieterinitiativen eine Aktion vor der GSW in Kreuzberg unter dem Motto „Berlin ist unspekulierbar.“ Aktuell trifft sich die Berliner Blockupy Plattform alle vier Wochen, die AGS innerhalb der Plattform treffen sich etwa alle zwei Wochen.

I/Antifaschismus/Antirassismus

Die LINKE Neukölln ist in Neuköllner Bündnissen gegen Nazis fest verankert. Gegen den Naziaufmarsch 2013 an der Grenze zwischen Neukölln und Treptow brachten wir uns im Vorfeld in das Bündnis „1. Mai Nazifrei“ und am Tag selbst ein. Ein Naziaufmarsch für den 1. Mai 2014 wurde von den Nazis aufgrund des erwarteten Misserfolgs abgesagt.

Der Bezirksverband unterstützt das Anliegen der Anwohner-Initiative „Hufeisern gegen rechts“ in Britz. Die Anwohnerinitiative hatte sich gebildet, nachdem es Übergriffe von Nazis gegen engagierte Menschen in der Hufeisensiedlung gegeben hatte. Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln wurde die Veranstaltung „Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge“ in der Aula der Fritz-Karsen-Schule durchgeführt.

Hilfe für Flüchtlinge in der Unterkunft in der Haarlemer Straße/Späthstraße war ein wichtiger Aktivitätsschwerpunkt. GenossInnen arbeiten in der Flüchtlingshilfe aktiv mit. Der Wohnort der Flüchtlinge wurde mehrfach bei Nazi-Demos geschützt. Mit den vielen Aktiven für die Flüchtlinge, und besonders mit der Initiative "Hufeisern gegen rechts", konnte in Britz eine positive Stimmung für die Flüchtlinge geschaffen werden.

Erwähnenswert ist die von der LINKEN angemeldete Demo vor dem Rathaus Neukölln am 26.02.2014. An dem Tag versuchte die NPD gegen die Bezirksverordnete Anne Helm Stimmung zu machen. Sie hatte sich anlässlich des Jahrestags der Bombardierung von Dresden persönlich stark gegen Nazis engagiert. Während sich die LINKE im Rathaus für Solidarität für die Antifaschistin einsetzte, wurde vorm Rathaus unter starker LINKER Beteiligung der NPD jegliche Möglichkeit zur Profilierung entzogen. Außerdem haben wir uns im Bundestagswahlkampf gemeinsam mit Musliminnen und Muslimen gegen Pro Deutschland gestellt und die Forderung nach einem Bleiberecht für alle Flüchtlinge bei der Besetzung des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule unterstützt.